

mischer geben, die durch moralische Vergiftung der Völker die Wegbereiter sind für die chemische Vergiftung.

Für die zweite Zwangsmaßnahme, die ich vorschlage, nehme ich für mich die Priorität in Anspruch. Ich empfehle so bald wie möglich, eine neue Kriegsbekämpfungsvorschrift für Wehrmacht und Verwaltung herauszubringen. Ihr Sinn soll der sein, daß nach ausgeschöpfter Mobilmachung alle Unterschiede in den Geld- und Verpflegungssätzen aufhören. Laufende Verträge, wie Mieten und dergleichen, können von Amts wegen abgewickelt werden. Der im Felde einstmals umgehende Satz „Geldes Rührung, gleiches Essen, und der Krieg war längst vergessen“ muß gesetzlich schon jetzt verankert werden.

In der künftigen Kriegswirtschaft bin ich aus den Erfahrungen des vorigen Krieges ein Gegner der Zwangswirtschaft. Wohl aber könnte gesetzlich bestimmt werden, daß die Bücher aller privaten Erwerbsinstitute während eines Krieges offengelegt werden müßten. Jede Möglichkeit der Kapitalflucht müßte unterbunden werden.

Das Besondere ist jetzt, daß der gute dumme deutsche Michel, der nach Vorfällen wie die Hamburger Phooogen-Geschichte sich einige Tage aufzuregen pflegt, sich nicht morgen wieder die Schlafmütze über die Ohren zieht und die Gilder der Giftmischer vor und hinter den Kulissen ungehörig wälzen läßt. Wenn das Phooogenunglück diese Folge hätte, dann wären seine Opfer nicht vergebens ins Grab gesunken!

Mein Einreisen der Entente wegen der Wittgase. Im englischen Unterhaus erklärte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes am Montag zur Hamburger Giftgaskatastrophe, der Arbeitsvertrag enthalte keine Bestimmung, die sich auf die Aufspeicherung jener Mengen von Giftgas beziehen, zu deren Erzeugung Deutschland berechtigt sei. Die englische Regierung sehe daher keinen Anlaß zum Einreisen, zumal die deutsche Regierung selbst eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit ernannt habe.

Die Reparationen

Der Reparationsagent fordert endgültige Festlegung

Der Reparationsagent Parker Gilbert fordert in seinem zweiten Halbjahresbericht für 1927 zunächst die Erhöhung der Eisenbahntarife. Er sagt dann weiter, daß der deutsche Außenhandel die Tendenz zeige, sich mit Hilfe von ausländischen Krediten zu finanzieren und deshalb die Voraussetzungen für weitere Auslandskredite geschaffen werden müßten. In diesem Zweck seien die Reparationsverpflichtungen Deutschlands endgültig festzulegen. Wörtlich heißt es in dem Bericht: „Das fundamentale Problem, das noch übrigbleibt, ist die endgültige Festlegung von Deutschlands Reparationsverpflichtungen. Es muß zu einem endgültigen Abereinkommen auf der Basis gegenseitiger Verhandlung kommen, und zwar, um die Schlussworte des Sachverständigenberichts zu wiederholen, sobald es die Umstände möglich machen.“

20 Milliarden in 36 Jahren?

Der Forderung des Reparationsagenten nach einer endgültigen Festlegung der von Deutschland zu entrichtenden Kriegsschuld sind Erörterungen Parker Gilberts über einen bestimmten Plan mit den interalliierten Mächten vorausgegangen. Von äußerst zuverlässiger Seite erzählt der Sozialdemokratische Pressedienst dazu, daß sowohl Poincaré wie Mussolini diesem Plan, der eine Tilgung der auf 20 Milliarden schätzenden Kriegsschuld innerhalb 36 Jahren vorschlägt, im großen und ganzen ihre Zustimmung gegeben haben. Starke Widerstand erhebt jedoch die belgische Regierung. Sie wendet sich sowohl gegen die („zu geringe“) Höhe der Summe als auch gegen die Art der Tilgung. Belgien würde nach den Plänen Parker Gilberts ein Fünftel seiner bisherigen Forderungen an Deutschland einbüßen. Es erhält von Deutschland in der Tat mehr Reparationen, als es an Amerika an Kriegsschulden zu zahlen hat. Es kommt hinzu, daß es bereits jetzt für den Wiederaufbau viermal so hohe Beträge herausgeholt hat, als es an Reparationen erhält. Es ist auch Parker Gilbert während seines kürzlichen Aufenthalts in Brüssel nicht gelungen, den Widerstand der belgischen Regierung gegen seinen Plan zu beheben. Falls es dennoch gelingen sollte, die Absicht des Reparationsagenten durchzusetzen und im Zusammenhang damit einen Teil der Eisenbahnschulden zu mobilisieren, soll zwischen 1929 und 1930 die restlose Räumung der besetzten Gebiete vor sich gehen.

Feng spielt Diktator

Die Meldungen aus Peking belegen: Der Majestätsbeleidigung der Nordtruppen, die sich auf dem Rückzug zwischen der Linie Peking-Tientsin und der mandchurischen Grenze befinden, ist durch einen überdrehten Liebesgriff der Truppen Fengjubangs gestört worden. Bei Tientsin wurden die Streitkräfte des Aufstrebenden Caoquins, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe in China mit Zustimmung Peking bis zur Übergabe der Stadt dort die Polizei unterhielten, von den Truppen Feng angegriffen, zurückgedrängt und schließlich entwaffnet. Das diplomatische Corps erhebt gegen diese Verletzung des durch seine Vermittlung abgeschlossenen Abkommens energisch Einspruch; Fengjubang weigerte sich jedoch, die gefangenen Nordtruppen freizugeben. Daraufhin wurde das diplomatische Corps in Peking vertrieben.

Demut loben die Mächte praktisch die Kantingregierung als einzige Nationalregierung Chinas anerkannt.

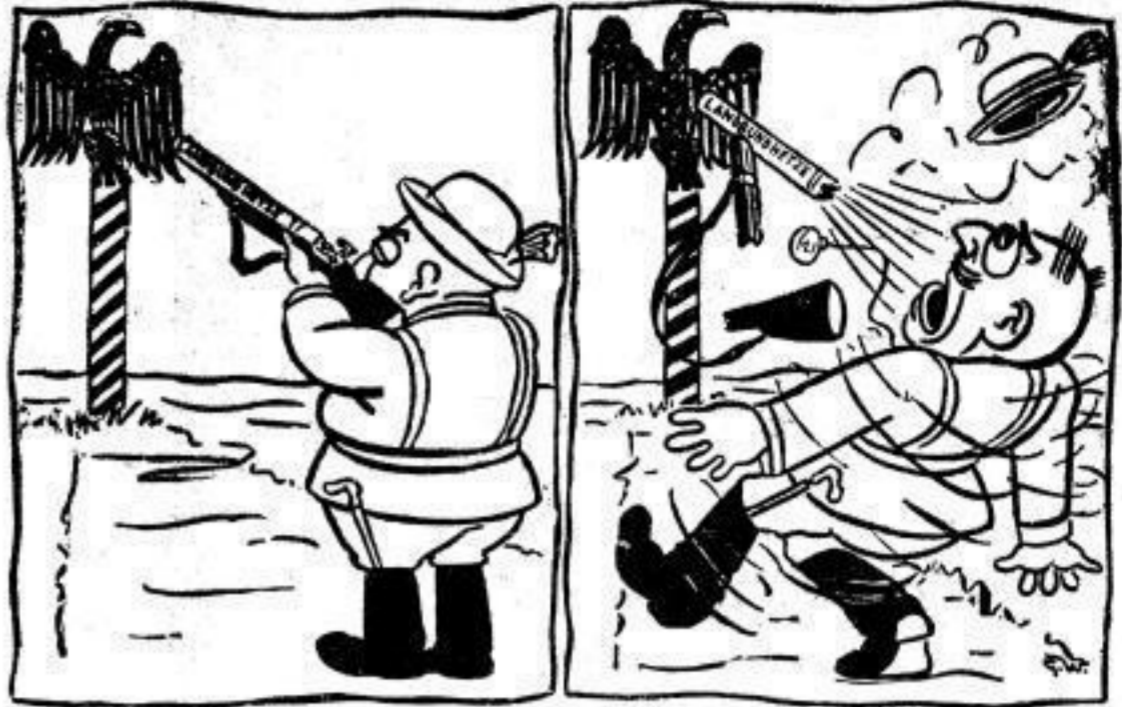
Der Kaiserin Tschangkaifuchs vom Oberbefehl der nationalistischen Armee gut als Protest gegen das eigenmächtige Vorgehen Fengjubangs.

In Peking von Bombenanschläge gegen die Japaner erfolgt.

Rein Wehrdienst im Reichstag. Die Voss. Ztg. schreibt: Die Reichstagsabgeordneten, die nicht als Reutlinge am Ritzsch ihren Sitz in das Walleshaus hatten, werden in der Eröffnungssitzung eine kleine Heberverteilung erleben. Von der Heberverteilung ist das Rednerpult verschwinden, im wörtlichen Sinne abgedaut. Diese Anordnung hat das Reichspräsidentium getroffen, um das Ablesen vorbereiteter Reden in Zukunft unmöglich oder wenigstens schwer zu machen. Hoffentlich wird diese Anordnung dazu beitragen, die parlamentarischen Redebanden unmittelsamer und damit interessanter zu gestalten.

Der sozialistische „Gewerkschaftler“. Die Internationale Arbeiterversammlung in Genf beschloß am Samstag mit 20 gegen 30 Stimmen das Mandat des italienischen Sozialisten Gut. Die 30 Gegenstimmen kamen von den Arbeitern.

Der Erfolg der Landbundheke.



Der Schuß ist hinten hinaus gegangen!

Die Linke in Frankreich

P. Paris, 11. Juni. (Eig. Drahtb.)

Die nunmehr abgeschlossene Liste der Kammergruppen gibt eine zahlenmäßige Unterlage für die bereits seit dem ersten Tage der neuen Kammer feststehende Tatsache, daß die Linke eine durchaus führende Stellung einnehmen wird. Die reaktionäre Rechtsgruppe Marin, die mit einer Mitgliederzahl von 150 gerechnet hatte, ist auf 103 zusammengeschmolzen, während die Radikalen mit 125 Abgeordneten die stärkste Gruppe der neuen Kammer bilden. Hierzu muß noch die 15 Mitglieder zählende neue Gruppe der Unabhängigen Linken gerechnet werden, deren Anhänger sich durchaus die Ideenvelt der Radikalsocialisten teilen. Ihr gehört u. a. auch der aus der Sozialistischen Partei ausgeschlossene frühere Gouverneur von Indochina, Baranne, an. Eine ähnliche, mehr äußerliche Spaltung ist bei der dritten Startpartei, den Republikanern, festzustellen, deren beide Gruppen zusammen 31 Mitglieder zählen. Es ergibt sich, daß die ehemaligen Startparteiungen ungefähr die Hälfte der Kammer bilden, wenn man noch die auf 53 Mitglieder angewachsene Gruppe Boucheur hinzuzählt, die wiederholt erklärt hat, mit den Radikalen zusammenarbeiten zu wollen.

Die Zahl der Sozialisten ist etwas kleiner als unmittelbar nach den Wahlen angenommen wurde. Einige Mitglieder der Fraktion sind zu den Unabhängigen übergegangen. Die sozialistische Fraktion zählt heute 100 Mitglieder. Republikanische Sozialisten gibt es 30. Aber diese teilen sich in zwei kleinere, durch Abweichungen voneinander getrennte Gruppen, die Gruppe um Briand mit

17 Abgeordneten, und die Gruppe um Chabrun, Brunet mit 13 Mitgliedern.

56 Deputierte haben sich bei seiner Fraktion einschreiben lassen, stehen aber meist zur Regierung Poincaré nicht in Opposition.

Was die andere Hälfte der Kammer, die rechte, anbelangt, so ist hier die Zersplitterung noch erheblich größer. Auch hier ist die Tendenz, nach links zu gehen, wie sich schon nach den Wahlen zeigte, stärker als die Anziehungskraft der Gruppe Marin von der äußersten Rechten. Diese Gruppe ist angesichts der Unsicherheit des Zentrums außerhande, der Stamm eines neuen nationalen Blocks abzugeben, und es zeigt sich, daß die von ihr so über empfundene Überlegung anlässlich der Neubildung des Arbeitsministeriums nur den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Von einem Siege der Rechten bei den französischen Kammerwahlen wird demnach keine Rede mehr sein können.

Die Stabilisierung

P. Paris, 11. Juni. (Eig. Drahtb.) Die langermittelt Stabilisierung der französischen Währung nach nach allen Informationen nunmehr bestimmt nach im Laufe dieses Monats vollzogen werden. Frankreich, das einige der am Besten beteiligten Länder, hat die Währung nach einer gefühlvoll festgelegten Währung noch nicht vollzogen hat, wird damit den Währungsschwächen unter das von Poincaré vor zwei Jahren begonnene Sanierungswerk ziehen. Poincaré verzögerte die Stabilisierung so lange, um den „Blas der nationalen Einigkeit“ an der Wahrung zu erhalten. Jetzt aber muß er stabilisieren, da die schwache Währung immer mehr Schaden leidet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Stabilisierungsbefehl völlig übersehen wird.

Das Mailänder Attentat — Faschistenwerk!

Das Pariser Verteidigungskomitee der Opfer des „Mussolini“ unter dem Vorsitz von Henri Barbusse teilt mit, daß ein von ihm eingehender Ausschuh in Italien eine streng unparteiische Untersuchung über das Mailänder Attentat vom 12. April vorgenommen hat und zu dem Resultat gekommen ist, daß das Attentat ein Werk der Faschisten war, zu dem die Initiative von den höchsten faschistischen Kreisen, vermutlich von Mussolini selbst, ausging.

Der Ausschuh veröffentlicht jetzt seinen ersten Bericht, zu dem er das Material direkt an Ort und Stelle aus juristischen, juristischen, politischen und faschistischen Kreisen gewonnen hat und fügt hinzu, daß, falls diese erste Veröffentlichung nicht ausreichen sollte, die faschistischen Machthaber von ihrem Plan, die jedes am Mailänder Attentat absolut unschuldbig Angeklagten als „Attentäter“ von Mailand hinarbeiten zu lassen, abzuhalten, der Ausschuh sich genötigt sehen würde, das gesamte Ergebnis seiner Untersuchung zu veröffentlichen. Für den Augenblick nimmt er nur aus dem Grunde davon abhand, da die Untersuchung notwendigerweise absolut geheime war, die meist unferwilligen „Zeugen“ es selbst nicht wußten, daß sie das Material einem solchen Ausschuh in die Hand geliefert haben und folglich eine restlose Veröffentlichung des gesamten Materials die Ausführung ähnlicher Untersuchungen in Zukunft bedeutend erschweren würde.

Der entscheidende Teil dieses ersten Berichts des genannten Untersuchungsausschusses hat folgenden Wortlaut: „Einige Tage vor der Eröffnung der Mailänder Messe (das Attentat erfolgte bei der Eröffnung der Messe) hat der Chef der politischen Polizei von Mailand, Kommandeur De Gazo, dem Mailänder Polizeipräsidenten, Kommandeur Silvestri, gemeldet, daß ein Attentat in Vorbereitung sei. Er selbst erhielt die Nachricht von einem Arbeiter, der früher in der Arbeiterbewegung stand und jetzt ein beiderseitiger Agent der Polizei für Bespitzelung kommunistischer Arbeiter ist. Die Anzeige nannte vier Mailänder Antifaschisten als die Vorbereiter des Attentats. Ein hoher Funktionär des Innenministeriums, Kommandeur Rudi, forderte jedoch die Mailänder Polizeifunktionäre auf, sich mit der Angelegenheit nicht zu befassen.“

In denselben Tagen erhielt der Polizeipräsident Mitteilung aus noch anderen Quellen über das bevorstehende Attentat. Ein anderer gleichfalls in Mailand am 10. April, bevor das Attentat stattfand, den

Innenministeriums, Kommandeur Pacenza, bestand jedoch darauf, daß die Polizei sich um die Angelegenheit nicht kümmern sollte.

Nach dem Attentat hat eine große Mailänder Zeitung erfahren, daß diese Angelegenheit vor dem Attentat erfolgt waren und wollte die Tatsache veröffentlichen. Es wurde ihr jedoch verboten, dies zu tun.

Mussolini, der sich seit Anfang April in Mailand aufhielt, reiste — im Gegensatz zu seinem vorher festgelegten Programm — am 10. April von Mailand ab. Am Vormittag des 11. April hatte er im Palast des Innenministeriums in Rom eine lange Unterredung mit dem Unterstaatssekretär Bianchi und Giunta. Nach dieser Unterredung wurde in der engeren Umgebung des Herrn Bianchi, Unterstaatssekretär des Innenministeriums, sowie auch in anderen römischen faschistischen Kreisen von einem unmittelbar bevorstehenden Attentat gesprochen.

Als man all das am Hof erfahren hat, rief es dort ein lebhaftes Mißbehagen hervor, weil man weder den König noch irgend jemand in seiner Begleitung auch nur mit einem Wort auf die Gefahr aufmerksam gemacht hatte.“

Im Hinblick an diese Feststellungen teilt der Bericht des Untersuchungsausschusses mit, daß, nachdem die Urheber des Attentats in den antifaschistischen Kreisen keinen geeigneten Mann zur Ausführung des Attentates gefunden hatten, sie sich offenbar im letzten Augenblick an faschistische Elemente wenden mußten. Dabei kam ihnen die große Unzufriedenheit, die in der faschistischen Milie, insbesondere in der sogenannten Carroccio-Region in Mailand herrschte, zugute. Der Ausschuh betont, daß es ihm — infolge der großen Schwierigkeiten — nicht gelungen ist, die Anfänger des Attentats namentlich festzustellen, daß aber alle Schäden der Untersuchung gerade in die Kaserne der genannten Carroccio-Region führten, aus der der auf das Attentat folgenden Nacht im geheimen die Leichen zweier Militärsoldaten fortgeschafft wurden. Die Namen der beiden Militärsoldaten werden bis heute streng geheim gehalten, und man erhält nur die Auskunft, daß beiden bei „unvorsichtiger Manipulation mit Sprengstoff“ ums Leben gekommen seien.

Diese Mitteilungen des Untersuchungsausschusses enthalten ein so überzeugendes politisches Material gegen faschistische Machthaber, daß die öffentliche Meinung im ganzen Welt nicht gleichgültig an ihnen vorbeizugehen